



PVS/Verband
Ärztliche Gemeinschaftsbeirichtung

ärztepost

aktuelle

SONDERAUSGABE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009 | BERLIN, 5. SEPTEMBER 2009

IM ÄP-EXKLUSIVINTERVIEW:
Die Vorsitzende der CDU Deutschlands
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Die Gesundheitswirtschaft bleibt eine Wachstumsbranche!

FOTOS: LAURENCE CHAPERON

Hohes Versorgungs-niveau sichern.

Kaum ein Politikfeld fordert grundlegendere Reformen als das Gesundheitswesen. Demografischer Wandel und medizinischer Fortschritt schlagen sich nieder. Der Leistungsbedarf der Patienten und die Leistungsfähigkeit der Medizin entwickeln sich gegenläufig zu den Einnahmen.

In den letzten vier Jahren haben Union und SPD gemeinsam regiert. In der Gesundheitspolitik wurde so viel geregelt und entschieden, wie in kaum einer Legislaturperiode zuvor. Die Gesundheitsreform brachte als Kompromiss zwischen Bürgerversicherung und Gesundheitsprämie den Gesundheitsfonds, die Pflegeversicherung wurde reformiert und das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz hat die Möglichkeiten der ärztlichen Berufsausübung flexibilisiert. Einig sind sich die beiden großen Volksparteien darin, dass der hohe Versorgungsstandard in Deutschland auch in Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert werden soll. Doch darüber hinaus? In Wahlen werden die politischen Kräfte neu geordnet. Parteien müssen ihre politischen Konturen scharfzeichnen. Die amtierende Gesundheitsministerin Ulla Schmidt lässt an den Zukunftsvisionen der SPD für das deutsche Gesundheitswesen keine Zweifel aufkommen. Die Bürgerversicherung löst das bisherige Zwei-Säulen-Modell aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung ab. Statt Wettbewerb der Systeme eine Einheitsversorgung. Die Vorstellungen und Ziele der Union erläutert Dr. Angela Merkel im Interview mit der Ärztepost. ■

Die Bundestagswahl steht vor der Tür. Die Ärztepost hatte Gelegenheit, kurz vor der Wahl mit Bundeskanzlerin Merkel über die gesundheitspolitischen Ziele der Union für die kommende Legislaturperiode zu sprechen. Im Mittelpunkt standen Fragen, die für die privatärztlich tätigen Mediziner von besonderer Bedeutung sind.

Das Interview führte Ulrike Scholderer

Frau Dr. Merkel, im Wahlprogramm der Union steht, dass auch in Zukunft jeder, unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben soll. Das sind hehre Ziele. Zur Finanzierung lesen wir nur, dass sie gesichert und langfristig auf mehr Generationengerechtigkeit hin weiterentwickelt werden soll. Was bedeutet das konkret? Und wie soll kurzfristig die vom RWI in Folge der Wirtschaftskrise prognostizierte Lücke von 10,5 Milliarden Euro in der GKV geschlossen werden?

Im Gesundheitswesen sollte es zu allererst immer um den Menschen gehen und nicht darum, ob sich etwas wirtschaftlich kurzfristig rechnet oder nicht. Jeder Mensch will, dass ihm im Krankheitsfall bestmöglich geholfen wird. Wenn man sich das einmal bewusst macht, dann kommt sicher jeder schnell zu der Überzeugung, dass die Ziele der Union richtig sind. Wir dürfen in diesem Zusammenhang das Gesundheitswesen nicht nur aus dem

Blickwinkel der Kosten sehen, sondern müssen den Blick auf Patienten und Versicherte richten. Daneben ist die Gesundheitswirtschaft von enormer Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Hier arbeiten viele motivierte und leistungsbereite Menschen, die sich dem Dienst am Menschen verpflichtet fühlen. Nicht nur Mediziner wünschen sich gute Bedingungen in der Praxis oder der Klinik, sondern alle Mitarbeiter aus den Gesundheitsberufen. Sie brauchen Planungssicherheit, Verlässlichkeit und eine leistungsgerechte Vergütung. Zusätzlich ist die Gesundheitswirtschaft eine der größten Wachstumsbranchen in Deutschland – und dies wird mit der CDU auch so bleiben.

In unserem Regierungsprogramm bezeichnen wir deshalb den „Dienst am Menschen“ als eines unserer Zukunftsprojekte. Die aufopferungsvolle Arbeit im Gesundheitswesen muss mehr Wertschätzung erfahren. Wir brauchen bessere Angebote für Menschen, die Hilfe und Förderung brauchen. Ich weiß, dass für Zuwendung und die persönliche Ansprache von Patienten Zeit benötigt wird. Ich habe im Übrigen Respekt vor den wissenschaftlichen Leistungen des

RWI, aber was die Zukunftsprognosen zur Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung angeht, kann ich dem RWI nicht folgen. In der jüngeren Vergangenheit habe ich vielfach erleben müssen, dass Prognosen zur Finanzentwicklung der GKV – ob positiv oder negativ – nicht mit realen Entwicklungen übereinstimmen. Wir haben mit dem Gesundheitsfonds eine stabile Finanzbasis der GKV und arbeiten natürlich daran, dass sich die wirtschaftliche Situation bessert und Arbeitsplätze gesichert bzw. neue geschaffen werden.

Steigende Lohnnebenkosten würden in der wirtschaftlich schwierigen Zeit den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten, steigende Steuerzuschüsse, um die GKV zu subventionieren, erscheinen angesichts wachsender Staatsschulden kaum realistisch. Sind Zuzahlungen und Selbstbeteiligungen ein Lösungsansatz für die desolate GKV-Finanzierung?

Es ist nur der Leistung der Union zu verdanken, dass es uns in der laufenden Legislaturperiode gelungen ist, die Lohnzusatzkosten unter die 40 Pro-

Impressum

HERAUSGEBER: PVS/Verband, Berlin
REDAKTION: Stefan Tilgner, M.A. (v.i.S.d.P.), Ulrike Scholderer
Straßmann-Haus, Schumannstraße 18, 10117 Berlin,
T 030 280496-30, redaktion@aerztepost.net
DRUCK: Königsdruck, Berlin

zent zu senken. Es bleibt unser Ziel hier für Stabilität zu sorgen. Das Gesundheitswesen steht auf einem soliden finanziellen Fundament, das durch einen Steuerzuschuss zusätzlich gefestigt wird. Wir haben eine begrenzte Selbstbeteiligung der Patientinnen und Patienten, die ihresgleichen in Europa sucht. Das Ziel der Union ist es, dass wir für die Versicherten zusätzliche Belastungen in Grenzen halten und Entlastungsspielräume nutzen.

Laut einer Umfrage glauben nur 10 Prozent der Wähler an die Zukunft des Gesundheitsfonds. Die FDP spricht sich offen für dessen Abwicklung aus. Hält die Union am Gesundheitsfonds fest? Was leistet er?

Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlich schwierigen Lage der Gesundheitsfonds die finanzielle Stabilität der GKV sichert. Durch den Gesundheitsfonds erhält das System der ge-

Selbsthalten und/oder Beitragsrückgewähr verbunden sind. Darüber müssen die Versicherten aber noch umfassender als bisher informiert werden.

In ihrem Wahlprogramm bekennt sich die Union zu einer leistungsfähigen privaten Krankenversicherung, die zu einem freiheitlichen Gesundheitssystem auch in Zukunft als Voll- und Zusatzversicherung gehöre. In den vergangenen vier Jahren ist durch die Einführung der Dreijahresfrist für den Wechsel in die PKV und vor allem mit dem Basistarif erheblich in das Geschäftsmodell der PKV eingegriffen worden; die Folgen sind noch nicht absehbar. Wird die Union diese Regelungen zurücknehmen und die Position der privaten Krankenversicherung damit erhalten?

Ich bekenne mich ausdrücklich zu leistungsfähigen privaten Krankenversicherungen. Sie gehören zu unserem Gesundheitssystem und sind ein Teil seines Erfolgs. Die Forde-



Die Bundeskanzlerin zeigt sich zuversichtlich: „Im konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten werden wir die notwendigen Anpassungen bei der Novellierung der Gebührenordnungen vornehmen.“ | FOTOS: LAURENCE CHAPERON

setzlichen Krankenkassen ein bedeutendes Wettbewerbselement zum Vorteil der Versicherten, denn bisher gab es nur Wettbewerb über die Höhe des Beitragssatzes. Jetzt kann jeder Versicherte besser zwischen den Angeboten, Leistungen und der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Kassen verglei-

chung der SPD, eine staatliche Einheitsversicherung einzuführen, lehne ich ab. Wenn alle Bürger in diese Zwangsversicherung einzahlen müssen, findet Wettbewerb nicht mehr statt und die Versorgung würde teurer werden. Die SPD verspricht mit ihrer Bürgerversicherung viel und kann es aber nicht halten.

„Ich bekenne mich ausdrücklich zu leistungsfähigen privaten Krankenversicherungen.“

chen. Wir Christdemokraten werden die kommende Legislaturperiode dazu nutzen, die Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung zu sichern und die gesetzliche Krankenversicherung mittelfristig auch im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit konsequent weiterzuentwickeln.

Wie bewerten Sie die Rolle der Kostenerstattung in der GKV? Ist es nicht ein unbestreitbarer Vorteil, wenn man schwarz auf weiß über die Kosten einer Leistung informiert wird? Sollte man dieses Instrument, das in der PKV erfolgreich ist, nicht auch in der gesetzlichen Krankenversicherung stärker nutzen?

Es ist natürlich wichtig, dass Versicherte und Patienten einen einfachen Zugang zu unabhängiger Information und Beratung im Gesundheitswesen erhalten. Wenn wir wollen, dass die Menschen eigenständig entscheiden können, dann muss der Versicherte bzw. Patient gut informiert sein. Mit der Gesundheitsreform 2007 haben wir mit der Möglichkeit, einen Kostenerstattungstarif zu wählen, große Fortschritte gemacht. Man kann Tarife wählen, die zum Teil mit

Hinzu kommt, dass die Einheitsversicherung die Probleme der Bevölkerungsentwicklung ausblendet.

Trotz großer Widerstände der Sozialdemokraten ist es mit der Gesundheitsreform 2007 gelungen, den Bestand und die Zukunftsfähigkeit der privaten Krankenversicherung als Vollversicherung zu sichern und unter sich verändernden Bedingungen und Erwartungen für ein ausgewogenes Verhältnis innerhalb der PKV und mit der GKV zu sorgen. Ich begrüße, dass das Bundesverfassungsgericht die Gesundheitsreform im Bereich der PKV bestätigt hat. Die Kernelemente der Reform bedeuten mehr Transparenz, Wettbewerb und Versichertenorientierung auch für das private Krankenversicherungssystem. Das war uns von Anfang an ein zentrales Anliegen der Gesundheitsreform.

Die Übertragbarkeit der Altersrückstellungen bei Versicherungswechsel stärkt den Wettbewerb unter den Versicherern und bringt mehr Freiheit und Wahlmöglichkeiten für die Versicherten. Durch die Schaffung des Basistarifs mit Annahmeverpflichtung wurde die Solidarität innerhalb der Versicherten-gemeinschaft und damit die Versichertenorientierung auch in der PKV gestärkt. Diese

neue Möglichkeit kommt vor allem bislang Nichtversicherten zugute. Mit den entsprechenden Übergangsregelungen wurde vermieden, dass es zu Überforderungen besonders für Bestandsversicherte kommt.

Die Union bekennt sich zum Wettbewerb. In einem stärker wettbewerblichen Gesundheitswesen werden die amtlichen Gebührenordnungen aufgrund ihres doppelten Schutzauftrages – als Schutz der Patienten vor finanzieller Überforderung und als Garant einer angemessenen Honorierung ärztlicher Leistungen – immer wichtiger. Sie verhindern ein Preisdumping zu Lasten der Versorgungsqualität. Auch in dieser Legislatur-

„Wir werden die notwendigen Anpassungen bei der Novellierung der Gebührenordnungen vornehmen.“

periode kam eine Novellierung der hoffnungslos veralteten Gebührenordnungen nicht zustande. Können die Ärzte sich darauf verlassen, dass die Novellierungen mit Priorität angegangen werden? Wie bewertet die Union die von der PKV geforderte Öffnungsklausel?

Die Union hat dafür gesorgt, dass die neue Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) in der vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Form nicht in Kraft gesetzt wurde. Ich stehe für eine Kultur des Vertrauens und des Verantwortungsbewusstseins im Gesundheitswesen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Beteiligten in einem selbstverwalteten Gesundheitswesen als Partner handeln. Die Selbstverwaltung der Ärzte und Zahnärzte muss eine starke Interessensvertretung ihrer Mitglieder bleiben. Im konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten werden wir die notwendigen Anpassungen bei der Novellierung der Gebührenordnungen vornehmen.

Bundespräsident Köhler sagte im ZDF-Sommerinterview, dass bestimmte langfristige Probleme unseres Landes bisher nicht offen und ehrlich genug öffentlich diskutiert worden seien. Es müsse aber klargemacht werden, dass alles anzubieten, was denkbar sei, einfach nicht möglich sei. Der Bundespräsident spielte insbesondere auf demografiebedingte Probleme an. Dafür ist die Gesundheitsversorgung sicherlich ein Beispiel par excellence. Müssen wir hier nicht mutiger diskutieren?

Grundsätzlich ist es etwas Positives, dass die Menschen in unserem Land älter werden, fit und aktiv sind. Diese Entwicklung ist doch das beste Beispiel dafür, wie leistungsfähig unser Gesundheitswesen ist. In meiner Partei wird im Übrigen seit vielen Jahren sehr offen und realistisch über die demografische Entwicklung diskutiert. Ich stimme unserem Bundespräsidenten zu, dass wir die Menschen noch mehr als bisher auf diese Entwicklungen vorbereiten müssen. Wir haben viele Chancen, die leider nur unzureichend diskutiert und genutzt werden. Vor allem sehe ich gute berufliche Möglichkeiten im Bereich der Gesundheit und Pflege, beispielsweise für Krankenschwestern und Krankenpfleger, Pflegerinnen und Pfleger sowie Ärztinnen und Ärzte. Wie bereits gesagt, ist auch deshalb der „Dienst am Menschen“ eines unserer Zukunftsprojekte.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, was Ärzte seit langem beklagen – verdeckte Rationierungen im Gesundheitswesen. Eine Untersuchung des Tübinger Instituts für Medizinethik bestätigt, dass drei von vier Klinikärzten Patienten bereits sinnvoll

le Maßnahmen vorenthalten haben. Und der Deutsche Ärztetag brach mit der Priorisierungsdebatte in diesem Jahr das Tabu, das unbegrenzte Leistungsversprechen nicht anzuzweifeln. Die Ärzte wollen nicht länger Handlanger des Systems sein und verlangen nach einer Lösung. Wie kann die aussehen?

Das christliche Verständnis vom Menschen ist unsere ethische Grundlage für eine verantwortliche Politik. Gerade im Umgang mit Kranken, Älteren und Schwachen zeigt die Gesellschaft ihr soziales Gesicht und ihr Wertefundament. Deshalb halte ich die beschriebenen Äußerungen weder für sinn- noch für verantwortungsvoll. Ich betone es

gerne noch einmal, dass die Patienten und Versicherten im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik stehen und jeder die medizinisch notwendige Versorgung erhalten soll.

In bestimmten ländlichen Regionen können insbesondere Hausarztpraxen nicht mehr besetzt werden, aber auch in vielen Krankenhäusern bleiben ärztliche Stellen unbesetzt. Die Zahl derjenigen, die ihr Medizinstudium nicht zu Ende führen, steigt. Immer mehr ausgebildete Mediziner wollen nicht mehr kurativ tätig werden oder wandern ins Ausland ab. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen? Immerhin steht eine im internationalen Vergleich gute Versorgung auf dem Spiel!

In der Tat gibt es zahlreiche Fragen, die wir im Hinblick auf die Entwicklung der ländlichen Räume beantworten müssen. Für den Arbeitsmarkt, die medizinische Versorgung und die kulturellen Angebote müssen wir für eine integrierte Entwicklung der ländlichen Räume Sorge tragen und den Ausbau der Infrastruktur fördern. Natürlich spielen auch hier angemessene finanzielle Anreize eine Rolle. Genau aus diesem Grunde haben wir jetzt die Vergütung von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten mit mehr als 3,5 Milliarden Euro gestärkt und auch für den stationären Bereich zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro für die Refinanzierung der Tarifsteigerungen über den Gesundheitsfonds zur Verfügung gestellt. Mehr Geld macht aber den ärztlichen Beruf allein nicht attraktiv. Die Arbeitsbedingungen und die Weiterbildungsmöglichkeiten müssen attraktiv sein und für die Niederlassung von jungen Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum ist es oft entscheidend, ob für die Familienangehörigen gute Bildungsmöglichkeiten oder kulturelle Angebote bestehen. Oft fehlt es noch an kreativen Lösungen, um diese Nachteile auszugleichen.

Eine abschließende Frage: Was will die Union gesundheitspolitisch am Ende der nächsten Legislaturperiode erreicht haben?

Wir werden die Herausforderungen des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts sowie des demografischen Wandels annehmen aber auch die Chancen, die daraus entstehen, nutzen. Wir werden Struktur, Organisation und Finanzierung sowohl der gesetzlichen als auch der privaten Krankenversicherung generationengerecht weiterentwickeln. Mehr Transparenz und Wettbewerb und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen werden dazu beitragen, dass die Qualität weiter steigt und die Mittel effizienter eingesetzt werden. ■